

Thema: Das Demokratiedefizit der Europäischen Union

Eingangsfrage:

Welche Demokratiedefizite der Europäischen Union lassen sich nennen?

- kein europäischer Demos, worauf sich Legitimität beziehen könnte
- Unklar, wer für das Fehlen dieses Demos verantwortlich: Liegt die Verantwortung bei den europäischen ‚Völkern‘, die Entscheidungsmacht einfordern sollten oder aber ist das Problem innerhalb des politischen Systems bzw. bei deren Vertretern zu verorten, die die derzeitige institutionelle Ausgestaltung des europäischen politischen Systems in ihrem Sinne als förderlich erachten könnten?
- keine Verfassung der Europäische Union

Gegenfrage:

Was ist ein Demokratiedefizit, wann lässt sich von einem solchen sprechen?

- informationale Ebene, v. a. auf der nationalstaatlichen: MS sind in der Verantwortung, um das europäische Demos zu informieren
- zudem Dichotomisierung des Entscheidungsprozesses: nationale Ebene gegen Europäische Ebene ausgespielt → Verlagerung der Verantwortung für Entscheidungen auf Europäische Ebene

Neue Staatsraison-These (Klaus Dieter Wolf):¹

- Ziel: Umgehung von Vetopositionen im Nationalstaat
- Ablauf: nationalstaatliche bzw. mitgliedstaatliche Akteure versuchen Entscheidungen, die nicht auf nationalstaatlicher Ebene durchsetzbar sind in den Entscheidungsprozess der Europäischen Union einzubringen und auf diesem Umweg auf die Nationalstaatebene rückwirken zu lassen

Bisher v. a. Betrachtung der vertikalen Ebene: Es wurde an dieser Stelle vor allem die Ebene der Europäischen Union mit der Ebene des Nationalstaates kontrastiert.

Wie aber lässt sich das Demokratiedefizite auf horizontaler Ebene bestimmen?

Kann und wenn ja wie, kann auf europäischer Ebene Legitimität erreicht werden? Wie könnte eine ideal-normative institutionelle Kompetenzverteilung und Interessenakkumulation aussehen?

Was ist Legitimität?

→ Referat zum Thema „Das Demokratiedefizit der Europäischen Union“

- Legitimität schillernder Begriff, schwer fassbar:

- a) abhängig von Demokratieverständnis
- b) abhängig von Perspektive: normative vs. institutionell-formell

¹ Wolf, Klaus Dieter (2000): Die neue Staatsräson – Zwischenstaatliche Kooperation als Demokratieproblem in der Weltgesellschaft, Baden-Baden: Nomos Verlag.

Weitere Erläuterungen zur Stärkung der Exekutiven in der Europäischen Union und im Rahmen internationaler Kooperation allgemein finden sich bei: Moravcsik, Andrew (1994): Warum die Europäische Union die Exekutive stärkt: Innenpolitik und internationale Kooperation, in: Wolf, Klaus Dieter (Hrsg.) (1997): Projekt Europa im Übergang? Baden-Baden: Nomos Verlag, S. 211-269.

- Diskussion um Legitimitätskonzept I → Identifizierte Probleme:

- a) keine wirkliche Entscheidungsbefugnis des EPs: EP kann nur über bereits ausgearbeiteten Entwurf entscheiden, diesen aber nicht selbst entwerfen; nach dieser Art der Argumentation fehlt dem EP eine reine Entscheidungsbefugnis
- b) fehlendes Initiativrecht des EPs
- c) fehlende bzw. schlechte Repräsentation des EPs. Ergibt sich hieraus eine fehlende Rückbindung an europäische Demos und an die Entscheidungsfindung?
- d) mangelndes Vetorecht des EPs in Bereichen, die noch intergouvernemental bestimmt sind (z.B. Grenzschutz, Kooperation im Polizei- und Justizwesen: Europol, Eurojust, GASP)

- Diskussion zu den Lösungsvorschlägen, wie Demokratiedefizit begegnet werden könnte (vgl. hierzu aufgeführte Punkte in Powerpointpräsentation)

Kritik an Punkt 3:

- a) gibt multiple Identitäten: regionale, nationale und europäische Identitäten können sich ergänzen und stehen nicht zwangsläufig konträr zueinander
- b) unklare Abgrenzung von europäischer Identität und Europäischer Öffentlichkeit

Kritik an Punkt 5:

Neyer/Joerges beachten Öffentlichkeit nur peripher

Kritik am Gesamtmodell:

- a) deliberative Prozesse sind an dieser Stelle wirkungslos
- b) angestrebte politische Gemeinschaft wird nicht erreicht
- c) zudem: keiner der vorgestellten Lösungsvorschläge ist allumfassend, sondern jeder dieser Vorschläge bezieht sich je nach Demokratieverständnis und je nach Verortung des Demokratiedefizits auf einen Teilaspekt. Aufgabe ist daher: Die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts.

Anschlussdiskussion an Referat:

Die Ablehnung des Verfassungsvertrages: Eine zweite Chance für die Europäische Union?

- nach positiver Lesart:

Verfassung enthält bereits neue und für die Legitimierung der Europäischen Union konstitutionelle Elemente. Insofern die Europäische Union als noch immer in einem Entstehungsprozess begriffen verstanden wird, so ist hierin ein weiterer Schritt zur Erreichung des normativen Ideals zu sehen.

Diese Sichtweise impliziert zudem, dass die Finalitätsfrage derzeit noch ungeklärt ist. Es gibt derzeit keine allseits geteilte Vorstellung, welches politische Gebilde die Europäische Union letztlich sein soll und kann.

- nach negativer Lesart:

- a) Verfassung enthält zwar Bestimmungen, welche die Handlungsfreiheit begünstigen, die Demokratiefrage aber wurde vernachlässigt:
- b) auf Risiken des Vertrages wird auch nach der Ablehnung des Verfassungsvertrages nicht eingegangen.

- In Rückbezug zu den Lösungsvorschlägen und zur Eingangsfrage wird als bedeutend herausgestellt, dass der fehlende Demos und die nicht vorhandene, für das Demokratiedefizit aber als grundlegend angesehene, europäische Identität am Beginn weiterer Diskussionen stehen sollte. Wenn sich der europäische Demos konstituiert und eine europäische Identität ausgebildet hat, dann sind die übrigen Kritikpunkte eher technokratischer Natur.

Gegenargumente:

a) Mit dieser Argumentation wird erneut die Finalitätsfrage virulent: Welche Art der Europäischen Union wird erwünscht?

b) Die Europäische Identität wird häufig mit der Zustimmung zum Verfassungsvertrag bzw. mit der Zustimmung zu den europäischen Institutionen und Organen gleichgesetzt. Diese Verwechslung verwirkt jedoch die Chance, die maßgeblichen Probleme zu identifizieren: Nicht die Frage nach der europäischen Identität ist zur Bestimmung des Demokratiedefizits bedeutsam, sondern die Zustimmung zu den einzelnen Institutionen und Organen der Europäischen Union.

Diese Argumentation birgt das Problem in sich, dass zwar nach der Zustimmung zum institutionellen Aufbau gefragt werden kann, die Zustimmung oder Ablehnung aber auf diffusen Gründen beruhen kann. Den europäischen Bürgern ist aufgrund der Komplexität des europäischen Entscheidungsprozesses eine eindeutige Identifizierung der Demokratiedefizite nicht ohne weiteres möglich, womit sich auch aus der Zustimmung- oder Ablehnungsrate keine eindeutige Legitimierung der Institutionen ergibt.